beschuldigt zu werden, wiederhole ich, daß wir viel mehr bei einer Annäherung gewinnen würden als die Deutschen. Es sind unsre führenden Politiker, die das französische Volk gegen das deutsche aufhetzen, indem sie es vor der „teutonischen Schurkerei" warnen. Das französische Volk wird den Deutschen erst dann als einen loyalen Nachbar beurteilen, wenn es den Entschluß faßt, nicht mehr auf die Politiker zu hören, die es täuschen, sondern auf die Bürger, die ihm die Wahrheit sagen, selbst wenn sie Gefahr laufen, als schlechte Franzosen zu gelten.

Ein wichtiges Bekenntnis

Telegramm unsres Korrespondenten

eb. Paris, 11. Februar

Der sozialistische Deputierte Paul Boncourt, Vorsteher des von Herriot geschaffenen „Rates der Nationalen Verteidigung", veröffentlicht in der „Dépêche de Toulouse" einen Artikel über die Räumungsfrage. Zum ersten Male finden sich in diesem Aufsatz, der aus der Feder eines maßgebenden französischen Parlamentariers und Mitarbeiters Herriots stammt, wichtige Zugeständnisse. **Boncourt erklärt nämlich, daß die Verlängerung der Besetzung des Kölner Brückenkopfes mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht im Einklang stünden.** Er sagt in einem Artikel wörtlich:

„Es ist sicher, daß wir alle diese Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht einhielten, als wir im Einverständnis mit England den Beschluß faßten, die Kölner Zone am 10. Januar nicht preiszugeben. Ich füge sogar hinzu, daß es sich hier um eine sehr ernste Sache handelt."

Das bedeutet eine vollständige Desavouierung des Standpunktes der Botschafterkonferenz, die ausdrücklich in den nach Berlin geschickten Noten erklärte, die Verlängerung der Okkupation des Kölner Brückenkopfes stimme durchaus mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages überein. Boncourts Artikel ist nicht dazu bestimmt, die Politik Herriots zu bekämpfen, vielmehr bemüht sich der sozialistische Deputierte, einige Scheingründe für die Verlängerung der Besetzung in dem genannten großen Provinzblatt mitzuteilen. Er sagt unter anderm, daß Herriot für die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone eingetreten sei, **weil er England zwingen wolle, entweder den Sicherheitspakt zu bewilligen oder das Genfer Protokoll zu unterzeichnen.** Boncourts Artikel wird in der Pariser Presse nicht wiedergegeben. Er bestätigt unzweifelhaft die Tatsache, daß Herriot auf Kosten Deutschlands und mit Hilfe einer Verletzung des Versailler Vertrages gegen England eine Druckpolitik führt.

Marx preußischer Ministerpräsident

B. Berlin, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Dr. Marx, der gestern, wie wir bereits ankündigten, zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt worden ist, hat, wie die „Germania" feststellt, die Wahl noch nicht angenommen. Er würde das erst dann tun, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen hätte. Die Ministerliste, die gestern schon in den Wandelgängen des Landtages zirkulierte und die heute auch von einigen Blättern präsentiert wird (**Ministerpräsident:** Marx; **Justizminister:** am Zehnhoff (Zentr.); **Wohlfahrtsminister:** Hirtsiefer (Zentr.); **Landwirtschaftsminister:** Dr. Hermes (Zentr.); **Handelsminister:** Dr. Schreiber (Dem.); **Finanzminister:** Dr. Höpker (Dem.); **Kultusminister:** Staatssekretär Becker (Dem.); **Innenminister:** Severing (Soz.), wird von der „Germania" — sehr vorsichtig — als verfrüht bezeichnet. Herr Marx würde erst heute die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen und würde sich mit allen Parteien in Verbindung setzen, mit Ausnahme natürlich der Kommunisten und der Völkischen. Von dem Verhalten der Parteien würde es abhängen, wie Marx sein Ministerium bilden würde. Nur wenn die Deutsche Volkspartei bei ihrem ablehnenden Standpunkt bleibt, würde Marx sein Kabinett in der Hauptsache auf Zentrum und Demokraten stützen.

Es scheint aber, daß die Deutsche Volkspartei einstweilen wenig Neigung hat, sich umstimmen zu lassen. Jedenfalls werden die Warnungen der „Germania", darauf bedacht zu sein, daß „das Zentrum nicht im Reiche die Rechnung für die ihm in Preußen eingeschlagenen Fenster präsentiere", von der „Zeit" ziemlich barsch abgetan; „derartige Einschüchterungsversuche würden ganz ohne Wirkung bleiben." Die Haltung der Landtagsfraktion hätte sich in keiner Weise geändert und würde sich auch nicht ändern. „Drohende Andeutungen verfehlen ihren Zweck völlig. Das Zentrum hat es in früheren Zeiten entschieden abgelehnt, vom Landtag aus einen Einfluß auf die Reichstagsfraktion des Zentrums auszuüben. Was ihm recht ist, wird den andern billig sein." Auch der „Vorwärts" ist wegen des Fortganges der preußischen Aktion nicht ganz ohne Sorge. Dem Zentrum wirft er vor, daß ihm das „Draufgängertum fehle", den Demokraten nebenher, daß sie zu weitgehende Ansprüche gestellt hätten. Die Hauptsache aber scheint nunmehr die Stellung der Deutschen Volkspartei, scheint vor allem der kaum noch zu zügelnde Wunsch der Deutschnationalen zu sein, Neuwahlen im Reichen Barmat herbeizuführen. „Das Gespenst der Auflösung ist durch die zweite Ministerpräsidentenwahl keineswegs beschworen worden", meint die „D. A. Z."

Die Wahl im preußischen Landtag

* Berlin, 10. Februar. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde heute nachmittag der Ministerpräsident gewählt. Im ersten Wahlgang wurden 444 Stimmen abgegeben. Ein Stimmzettel war unbeschrieben und einer ungültig. Von den übrigen 442 Stimmen erhielten: Reichskanzler a. D. Marx 219, v. Richter (Deutsche Volksp.) 153, Pieck (Kommunist) 42, Ladendorff (Wirtsch. Vg.) 16, Dr. Körner (Nat.-Soz.) 11. Da die Stimmenzahl bei keinem die absolute Mehrheit erreichte, war Stichwahl zwischen Marx und v. Richter notwendig. Dabei wurden 880 gültige Stimmen abgegeben. Die Mehrheit beträgt also 193. Es erhielten Reichskanzler a. D. Marx 223, Finanzminister a. D. v. Richter 162 Stimmen. Reichskanzler Marx war damit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Dr. Luther in München

Für die Zusammenarbeit von Reichsregierung und Einzelstaaten

× München, 10. Februar. Der Reichskanzler Dr. Luther traf, von Köln kommend, heute nachmittag 1 Uhr in München ein. Unmittelbar nach seiner Ankunft begab er sich im Kraftwagen in Begleitung des Ministerpräsidenten Dr. Held und des bayrischen Gesandten Dr. Ritter v. Preger in das Ministerium des Äußeren, wo die Vorstellung sämtlicher Minister und Staatsräte erfolgte.

Am Abend bei einem Empfang in der Wohnung des Ministerpräsidenten begrüßte Dr. Held den Reichskanzler und führte u. a. aus: Dem Reichskanzler gebühre vor allem Dank dafür, daß er nach den bitteren Tagen voller Entäußerungen die Regierungsbildung zustande gebracht und sich selbst an die Spitze der Regierung gestellt habe. Bayern erblicke in dem Besuch des Reichskanzlers den Beweis, daß er für die Reichspolitik auf die Mitwirkung der Einzelstaaten den allergrößten Wert legt.

Reichskanzler Dr. Luther

dankte für die freundliche Begrüßung. In den kurzen Stunden seines Münchner Aufenthaltes sei es ihm möglich gewesen, verschiedene wichtige Fragen, die insbesondere das bayrische Wohl betreffen, im Ministerrate zu besprechen. Er fuhr wörtlich fort: „Ich habe als ersten Leitgedanken für die Gesamtarbeit meines Kabinetts die Notwendigkeit rein sachlicher Arbeit ausgesprochen. Diese Notwendigkeit bedeutet, daß sich das Staatsleben sehr wesentlich in der Behandlung von vielen Einzelfragen auswirkt. Im Mittelpunkte steht im ganzen Reiche die Frage unsrer Außenpolitik,

die Frage, wie es zunächst mit der nördlichen Rheinlandzone wird

Die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten sind ohne Zweifel groß, aber sie werden um so eher überwunden werden, je stärker das deutsche Volk zusammenhält und je besser auch das Ausland sieht, daß das deutsche Volk ein einheitliches Ganzes ist, bereit, alles zu tun, damit endlich die nördliche Rheinlandzone von der Besetzung befreit wird. Ich möchte mit allen Kräften, die mir zur Verfügung stehen, dafür sorgen daß die Sonne in weitestem Wortsinne über ganz Deutschland, über dem Bayernlande und über allen andern Teilen Deutschlands, auch politisch wieder scheint. Ich glaube, daß ich oder jeder, der schließlich zur Lösung dieser Aufgabe berufen wird, die Aufgabe nur lösen kann, wenn

das Verhältnis eines wirklichen Vertrauens zwischen den einzelnen Teilen des deutschen Volkes

die doch alle miteinander nur verschiedene Ausdrucksformen der einen großen deutschen Einheit sind, immer lebendiger und immer stärker wird. Der Reichskanzler schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Volk und das deutsche Vaterland.

Reichskanzler Dr. Luther reist am Mittwoch früh 8 Uhr nach Stuttgart weiter.

Große Teuerungsdemonstrationen in Prag

46 Personen verletzt — 30 Verhaftungen

× Prag, 11. Februar. (Durch Funkspruch.) Gestern fanden hier große Demonstrationen gegen die Teuerung statt. Wie die Polizeikorrespondenz meldet, wurden dabei insgesamt 46 Personen verletzt, darunter 38 Polizisten. Von den verhafteten 30 Personen wurden sechs nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die neuen Steuergesetze

vdz. Berlin, 10. Februar

Im Steuerausschuß des Reichstages gab Staatssekretär Dr. Popitz einen ausführlichen Bericht über die Absichten der Regierung zur großen Steuerreform.

Das Aufwertungsproblem

könne, so führte der Staatssekretär aus, keinesfalls ohne sorgsame Beachtung der Einnahmewirtschaft gelöst werden. Gerade in dieser Frage müsse vor jeder Zusage des Gesetzgebers die ernste Prüfung stehen, welche Einnahmen gegeben seien, welche Belastungen die deutsche Volkswirtschaft noch tragen könne. Es sei daher geboten, das Aufwertungsproblem und die Steuerprobleme möglichst gleichzeitig zu behandeln.

Die Gesetzentwürfe, die die Reichsregierung einbringen wird, sind in erster Linie

ein Steuerüberleitungsgesetz

das sich mit der aktuellen Frage befaßt, was aus den Vorauszahlungen des Jahres 1924 wird und wie die Vorauszahlungen im Jahre 1925 gestaltet sein sollen. Des weiteren kommt zur Behandlung **ein neues Einkommensteuergesetz, ein neues Körperschaftssteuergesetz,** ein Gesetz über die **Vermögens- und Erbschaftssteuer, ein Reichsbewertungsgesetz,** ein Gesetz über **Verkehrssteuern.** Endlich ein Gesetz über **die gegenseitigen Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden,** also ein Ersatz des sogenannten Reichsbesteuerungsgesetzes.

Im Hinblick auf die großen Reparationsleistungen sei natürlich

nicht daran zu denken, zu den Vorkriegssätzen zurückzukehren

Es müsse jedoch versucht werden, im Ausmaß der Steuern den zwingenden Bedürfnissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nach Möglichkeit entgegenzukommen. Die Verzugszinsen sind von 18 auf 12 Prozent gesenkt worden, und bei den Stundungszinsen beträgt der Höchstsatz statt 12 nur noch 9 Prozent.

An der Einheitlichkeit der Reichsfinanzorganisation wird festgehalten werden müssen, dagegen soll den Behörden der Länder und der Gemeinden an dem Veranlagungsgeschäft in höherem Maße als bisher Beteiligung gewährt werden.

Für die Vermögensbewertung sind Vorschriften enthalten, daß die Bewertung des Grundbesitzes, des Anlage- und Betriebskapitals und des städtischen Grundbesitzes nicht allein vom Finanzamt vorgenommen wird, sondern daß dafür eine besondere Organisation gegründet wird.

Es wird dafür Sorge zu tragen sein, daß der gleiche Gegenstand für die verschiedenen Steuern nicht verschieden bewertet wird. Weiter wird vorgesehen, daß

die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer nicht mehr monatlich zu leisten sind, sondern vierteljährlich

Die Zahlungstermine sollen so gelegt werden, wie es den besonderen Bedürfnissen der Steuerpflichtigen entsprechen. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, die nur dreimal im Jahre Steuern zahlen soll, und zwar am 15. Februar, am 15. Mai und am 15. November.

Bezüglich der Höhe der Steuersätze muß ein Abbau erfolgen

Das Maximum der Einkommensbelastung wird 33⅓ Prozent gegenüber dem bisherigen Höchstsatz von etwa 60 Prozent sein. Als Anfangssatz werden die 10 Prozent bestehen bleiben müssen. Wenn im Reichsrat nicht größere Abänderungen des Tarifs geschehen, so werden bei 20 000 M. Einkommen in der Staffelung der Steuersätze 15 Prozent, bei 48 000 M. 20 Prozent, kurz vor 100 000 M. 25 Prozent und bei 33⅓ Prozent kurz vor 600 000 M. erreicht. Bei der Vermögenssteuer erscheint leider eine Herabsetzung des bisherigen Satzes von 0,5 Prozent nicht möglich. Die Vermögenszuwachssteuer wird suspendiert werden. Auch die Progression der Vermögenssteuer läßt sich nicht aufrechterhalten. Für eine Vorausbelastung des Kapitalertrags (Kapitalertragssteuer) ist unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen kein Platz mehr. Dagegen soll der Zugriff am Kapitalertrage als wichtiges steuertechnisches Hilfsmittel aufrechterhalten werden.

Für die Kapitalverkehrssteuern werden ebenfalls niedrigere Prozentsätze vorgesehen werden. Auf dem Gebiete der Erbschaftssteuer wird man gleichfalls nicht mehr bei den bisherigen Sätzen bleiben können. Der Tarif ist über eine Million hinausgeführt worden und kommt beim Kindeserbe zu einer Höchstbelastung von 15 Prozent.

Eine Heraufsetzung des steuerfreien Lohnbetrags ist nicht möglich

doch soll vorgeschlagen werden, daß, wenn mehr als drei Kinder vorhanden sind, die Senkung des Steuersatzes jedesmal zwei Prozent für jedes weitere Kind betragen soll. Das wird eine durch Bevorzugung der kinderreichen Familien sein und bei kinderreichen Arbeitern zu einer völligen Steuerfreiheit unter Umständen führen.

Verbrauchsabgabengesetze oder Erhöhungen von Verbrauchsabgaben, die sich mit dem notwendigen Lebensbedarf befassen, werden keinesfalls geplant werden. Die Erhöhungen werden sich lediglich auf gewisse Luxusgenußmittel beschränken.

Eine Aufhebung der Luxussteuer erscheint der Regierung bedenklich

Für die Umsatzsteuer werden neue Vorschläge nicht unterbreitet werden. Die Einkommensteuer soll in Zukunft zweimal im Jahre erhoben werden.

Deutscher Reichstag

20. Sitzung vom 10. Februar

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. **Becker-Hessen** (Deutsche Volksp.) eine Erklärung über die vor kurzem auch von uns mitgeteilten Veröffentlichungen des „Berliner Tageblattes" über die Ruhrkredite der „Hika" ab. Er erklärt, daß die „Hika" während des Ruhrkampfes vor allem kleinen und mittleren Unternehmungen mit Krediten beigesprungen sei. Die Großindustrie sei wegen der Beschränktheit der Mittel von vornherein ausgeschlossen gewesen. Die Behauptung, er sei mit der Schwerindustrie versippt und verschwägert, bezeichnet Dr. Becker als eine gemeine und ehrabschneidende Verleumdung. Seine ganzen Beziehungen zur Schwerindustrie beschränken sich nach seinen Angaben auf einen Sitz im Vorstand der Rheinischen Stahlwerke, auf den es verzichtete, als er im Kabinett Cuno Wirtschaftsminister wurde. Von der „Hika" sei lediglich einem Düsseldorfer Werk ein umfangreicherer Kredit eingeräumt worden. Er habe, nachdem er davon erfuhr, sofort verfügt, daß dieser Kredit zurückgefordert würde. Er müsse das Urteil über diese Dinge dem Hause und der Oeffentlichkeit überlassen und wolle nur noch hinzufügen, daß eine anständige Presse sich niemals dazu hergeben werde, dem Auslande Kampfmittel zu liefern.

Den Worten des ehemaligen Reichswirtschaftsministers folgt großer Lärm und anhaltende Unruhe im Hause.

Abg. Dr. **Wirth** (Zentr.) erhebt sich und verlangt, ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Präsident Löbe entscheidet aber, daß eine solche Erklärung vor der Tagung dem Präsidenten schriftlich eingereicht werden müsse. Infolgedessen sei eine Erklärung Dr. Wirths nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig.

Hierauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts des Arbeitsministeriums fortgesetzt.

Die Türkei und das ökumenische Patriarchat

Von amtlicher griechischer Seite wird eine Zusammenstellung des neuen griechisch-türkischen Konfliktes verbreitet, in der es heißt: Bekanntlich wurde am 30. Januar 1923 zwischen der Türkei und Griechenland im Anschluß an den Lausanner Vertrag eine Vereinbarung über den obligatorischen Austausch der auf türkischem Gebiet ansässigen Orthodoxen türkischer Staatsangehörigkeit gegen die auf griechischem Boden niedergelassenen Mohammedaner griechischer Staatsangehörigkeit abgeschlossen. Von dem Austausch wurden die Griechen von Konstantinopel ausgenommen, soweit sie ihren Wohnsitz in dieser Stadt vor 1918 hatten.

Neben dieser Frage wurde bei der Lausanner Konferenz die des Patriarchats erörtert. Ismet Pascha setzte sich für die Abschaffung dieser Institution ein. Nur vor dem hartnäckigen Widerstand der alliierten Vertreter mußte er nachgeben und in das Fortbleiben einwilligen. Nun versucht die türkische Regierung diese Frage von dem Austausch der Bevölkerungen abhängig zu machen. Sie behauptet, der gegenwärtige ökumenische) Patriarch stelle nun die auszutauschenden Griechen.

Die Gemischte Kommission, die der Lausanner Vereinbarung gemäß für deren Ausführung eingesetzt wurde, hat sich mit dieser Frage befaßt. Auf Grund dieser Vereinbarung, Artikel 12, hätte sie darüber entscheiden können. Sie zog jedoch vor, sich als nicht zuständig zu erklären. Der darauf erfolgte Meinungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland wird zu einem Kompromiß führen, nämlich zu der Ueberweisung der Frage an eine schiedsgerichtliche Instanz. Die türkische Regierung übereilte sich aber und sah als einzige Lösung der Frage die willkürliche Entfernung des kirchlichen Oberhauptes. Sie begründet ihr Vorgehen durch einen angeblichen dahingehenden Beschluß der Gemischten Kommission, trotzdem sie weiß, daß diese Kommission, wie vorerwähnt, sich in

Die Perlen der Cleopatra

Zweites Gastspiel der Massary

Was man bei einer Aufführung, wie der gestrigen im Centraltheater, genießt, das läßt sich gar nicht so leicht analysieren. Operette in vollendeter Aufführung? Das allein kann diesen Eindruck nicht erreichen. Es ist vielmehr — und dabei muß man von der Gattung ganz absehen — etwas Berauschendes, hervorgegangen aus dem stärksten Spieltrieb und einer kongenialen Leistungsfähigkeit, es ist das Theater der Massary. Diese Feststellung mindert nicht die Verdienste ihrer Collegen, ihrer Umgebung. Im Gegenteil: man ist etwas, wenn man neben dieser Frau besteht.

Die Massary als Cleopatra. Da steht eine im Kleide von Silber und bunt schillerndem Gestein, eine, der man es aufs Wort glaubt, daß sie von der heiligen weißen Katze der Aegypter abstammt, so geschmeidig, so graziös, so gefährlich. Sie ist noch verführerischer als die „Madame Pompadour". Ob sie das Silberkleid trägt mit der märchenhaften grünen Schleppe, oder das bronzene mit unendlich vielen prachtvollen Falten, bald unbedeckten Hauptes auftritt, bald mit exotischem Kopfschmuck, ob sie auf den Stufen des Palastes erscheint, einem Schiffe entsteigt, auf dem Sofa ruht oder sich dahin tragen läßt — sie ist nur einmal und unnachahmlich. Denn alle Wirkung geht aus von der großartigen und doch bis in's Einzelne stets beherrschten künstlerischen Persönlichkeit.

Wie diese Frau die Pompadour dargestellt hat, so ganz die große Maitresse Ludwigs XV., und dennoch eine Operettenfigur, so ist sie jetzt Orientalin, Aegypterin, Königin, Pharaonentochter und dann immer wieder souveräne, übermütige, überschäumende Beherrscherin des Theaters . . .

Sie allein gibt dem Unsinn dieser Operette einen Sinn. Es ist schon Unsinn, daß die Herren Bramme r und Grünwald es sich so bequem gemacht haben, einfach die große Effektkomödie des Ungarn Lengyel „Die Zarin" ins Aegyptische zu transponieren. Sie haben sich gar nicht geniert, die Handlung vollständig, im Dialog stellenweise wörtlich zu übernehmen. Cleopatra und Katharina II. sind einfach gleichgesetzt. **Auch hier dieselben Abenteuer, die gleichen Intrigen,** auch hier kommt in dem Augenblick, als der Kanzler im Interesse seiner persönlichen Politik einen jungen Gesandten seiner eben noch einem kleinen Flirt sich sehnenden Königin zuführen will, der wackere, junge Offizier nach einem Ritt von drei Tagen und drei Nächten an den Hof der Königin, um sie vor einer Verschwörung zu warnen; auch hier findet er Gnade vor der Herrscherin, die sogleich für ihn entbrennt, zum Aerger des Kanzlers, noch mehr zum Schmerz der kleinen Zofe, seiner Braut. Hier wie dort geschieht das gleiche — die Dialoge beider Stücke ähneln einander auf ein Haar —: Ernennung zum Offizier der Leibwache, Befehl zu höchst persönlichem Nachtdienst. In beiden Stücken der gleiche Konflikt: der Mann, der es nicht erträgt, das Spielzeug ihrer Liebeslaunen zu sein, will die Herrscherin als schwach sehen, auf den Knien vor ihm, auf Gnade und Ungnade in seiner Hand. Darum Verschwörung und Putschversuch, aber in beiden Fällen Rettung in höchster Not durch den Kanzler, Verhaftung des geliebten Offiziers.

Aber während ihn im Schauspiel nun die Königin nach schwerem Kampf ziehen läßt und sich zum Trost an den inzwischen in Reserve verbliebenen Gesandten hält, wird in der Operette jegliches Konfliktsgedankend Blöße durch die Perlen der Cleopatra überstrahlt. Und diese Perlen sind das, was Operettengrafen so schön „Reparationspillen" nennen, die, in Wein geworfen und aufgelöst, drei effektvolle Aktschlüsse garantieren. Erst der Offizier Viktorian, dann der Gesandte Beladonis und schließlich Marc Anton. Der Letzte steht mit der eigentlichen Handlung nur in losem Zusammenhang, hat seinen shakespearischen Doppelgänger zu parodieren und eine Forumrede zu halten, die alle Augenblicke versichert, daß Cleopatra eine ehrenwerte Frau sei. Aber, man braucht drei gleiche Aktschlüsse; dreimal tragen Sklavenhände das Sofa herein, dreimal trinken Männer jene Perlen, dreimal legen sie die Königin zatendurstig in die Kissen . . .

Daß der letzte Akt abfällt, weil den Autoren nichts mehr einfällt und sie wichtige handelnde Personen einfach sang- und klanglos fortschicken oder gar nicht mehr auftreten lassen, was besagt das, wenn die Massary auf der Szene steht? Was bedeutet es, daß die Musik des dritten Aktes aus Reminiszenzen besteht und nur eine neue, aber keineswegs zündende Komposition bringt, daß Buffo-Duett: „Anton, steck den Degen ein" — wenn nur die Massary nicht von der Bühne geht, die einfach alles adelt. Worten, die im Munde einer andern unrettbar Cochonnerien werden müssen, etwas von antiker Freude an der Sinnlichkeit verleiht, und die, wie König Midas, alles, was sie berührt, in Gold verwandelt. Auch die Musik von Oscar Straus. Die ist zwar kultiviert, wie immer bei diesem Komponisten, die schöne Linie der Melodieführung ist stets gewahrt, das ägyptische Kolorit diskret angedeutet; auch finden sich zwei ganz außerordentlich gelungene Stücke, das Duett von der Liebeslaune und die schöne, hohe Arie des Viktorian, die übrigens Richard Tauber besonders gewidmet ist; aber wie klingt erst die Musik, wenn das Temperament der Massary aus ihr Funken schlägt! Dann wird der Geist Offenbachs beschworen.

Ueberhaupt ist die ganze Aufführung ausgezeichnet. Erik Wirl zeigt als Viktorian die Schönheit und den Umfang seiner echten Tenorstimme und ein gewandtes, sympathisches Spiel, Herrn Sikla ist noch immer der in ein paar Weltteilen bekannte drastische Komiker, der mit trockenem Humor in dem Minister den Kalchas aus der „Schönen Helena" auferstehen läßt. Wie er seine imposante Fassade im Tanz rhythmisch versetzt und verwandelt, muß einem imponieren. Arthur Guttmann als Marc Anton gibt namentlich in der Parodie des Jambendramas sein Bestes. Lya Percival sieht als ägyptisches Zöschen wirklich verlockend aus, und Robert Mästelberger gibt den eleganten syrischen Gesandten. Von den kleinen Partien sei der sichtlich mit Amonasro aus „Aida" verwandte rebellierende Leibgardist der Cleopatra, Eugen Günther, genannt.

Die Regie führt wieder Miksa Präger. Er hat für lebendige Bewegung und, wie auch jüngst in der „Pompadour", für einen der Vorstellung entsprechenden szenischen Rahmen gesorgt. Dieses Operetten-Aegypten ist überall, in den Bühnenbildern, in den Kostümen und in den Bewegungen sehr lustig und geschmackvoll ausgedrückt. Das Orchester, von Kapellmeister Ernst Hauke vorbereitet, gab diesmal schon bei weitem mehr an Glanz und Fülle her.

Am Dirigentenpult saß bei der ersten Aufführung der Komponist, der sich auch in Dresden wie in Wien und Berlin Lorbeeren holte. Er weiß aber auch zu gut, was er von dem großen Erfolge, der unzweifelhaft zu verzeichnen ist, der Massary und ihren Helfern verdankt.

Es ist ein Genuß, wie ihn die Operette heute leider so selten bietet. Aber Cleopatra wird ihre Perlen nicht umsonst vergeudet haben. Man wird es ihr frohen Herzens danken.

Dr. Leo Fanil.

Die Erziehung zur Ehe

Erstaufführung im Neuen Theater

Otto Erich Hartleben ist zwei Jahre jünger als Gerhart Hauptmann. Nun ist er schon 20 Jahre tot und seine Gestalt fast historisch geworden. Auch ihn bewegten die sozialen Probleme der neunziger Jahre, wie Holz, Hauptmann und die Naturalisten. Aber es ist bei ihm weniger die Not der Menschheit, weniger die Unzufriedenheit mit der Art der gesellschaftlichen Bindung, die ihn dazu treibt. Mit liebenswürdigem Spott — selbst wenn er tragisch wird wie im „Rosenmontag" — wendet er sich gegen die brüchige Moral der sittenstrengen Bürger, deren Begriffen von Ehr, Tugend, Liebe und äußerem Anstand er die moralische Freiheit des Individuums entgegenstellt.

Auch „Die Erziehung zur Ehe" beleuchtet die Moral wohlhabender Bürgerkreise, unter deren Deckmantel alles erlaubt ist, sofern nur nach außen der Anstand gewahrt bleibt, zu dem „anständige Leute", wie Onkel Günther sagt, verpflichtet sind. Der junge Mann soll sich „austoben" — nur darf die „Gesellschaft" nichts davon wissen —, und er wird später der beste Ehemann werden.

Dem Neuen Theater gelang unter der geschickten Regie Otto Ottberts eine recht stimmungsvolle Aufführung dieser nicht sehr starken Komödie. Ottbert selbst ein famoser Onkel Günther, der unentwegt essen, aber um so weniger „Schiefe" konnte. Die Figur eines sehr ländlichen Rittergutsbesitzers, der sich freut, einmal in der Hauptstadt seinem Vergnügen nachgehen zu können, zumal er auf diese Weise seinen lebenslustigen, oberflächlichen Neffen zu einem späterhin respektablen Ehemann erziehen darf.

Der Neffe Hermann selbst Werner Rafael. Arrogant im Mienenspiel, im Augenrollen und in der Bewegung. Etwas zu arrogant sogar. Helene Norman seine vornehme, allerorts „angezogene" Mama. Die alles weiß, aber doch als Mutter nicht zu viel wissen darf, stolz und rücksichtslos, wenigstens den kleinen Leuten gegenüber. Die es dem Sohnes